

Postadresse:
Regierungsrat des Kantons Aargau
Regierungsgebäude
5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40
Fax 062 835 12 50
E-Mail regierungsrat@ag.ch

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld Familie, Generationen
und Gesellschaft
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Aarau, 14. Oktober 2009

Vorentwurf über die Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung (SR 861); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Kantonsregierungen wurden mit Schreiben vom 1. Juli 2009 zur Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung eingeladen.

1. Allgemeines

Der Bundesrat schlägt vor, die Geltungsdauer des Gesetzes, welches seit 1. Februar 2003 in Kraft ist, um weitere vier Jahre zu verlängern sowie einen neuen finanziellen Rahmen festzulegen. Gleichzeitig soll eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, die dem Bund die Möglichkeit gibt, innovative familienergänzende Kinderbetreuungsprojekte von Kantonen und Gemeinden mitzufinanzieren.

2. Neue Betreuungsplätze im Aargau mit Bundesunterstützung

Gemäss Auswertung des Bundes wurden im Kanton Aargau seit Inkrafttreten des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung 1'201 neue vom Bund mitfinanzierte Betreuungsplätze geschaffen, dies entspricht einem Anteil von 5,6 % der schweizweit neu geschaffenen Plätze (Stand per 31. Januar 2009). Der Bund ist damit Verpflichtungen von 7 Millionen Franken für neue Betreuungsplätze im Aargau eingegangen, was einem schweizweiten Anteil von 5,3 % entspricht.

3. Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes

Der Ausbau der familienergänzenden Betreuungsangebote für Kinder ist eine zentrale Massnahme zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Finanzhilfen des Bundes leisten einen wichtigen und nachhaltigen Beitrag zur Erweiterung des Angebots. Seit 2003 wurden rund 24'000 neue Betreuungsplätze geschaffen. Dies entspricht einer Erhöhung des geschätzten Platzangebots in der Schweiz von gegen 50 %. Die allgemeine Nachfrage liegt jedoch noch immer weit über dem Angebot, zudem gibt es starke regionale Unterschiede, so auch im Kanton Aargau. Aus diesen Gründen ist es absolut sinnvoll und notwendig, dass die Anstossfinanzierung des Bundes ein weiteres Mal verlängert wird.

Des Weiteren ist die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Unterstützung von innovativen familienergänzenden Kinderbetreuungsprojekten von Kantonen und Gemeinden durch den Bund zu begrüssen, nachdem diese Art Unterstützung bereits auf dem Verordnungsweg per 1. Oktober 2007 eingeführt wurde.

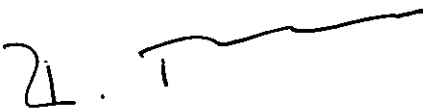
4. Schlussfolgerung

Der Regierungsrat des Kantons Aargau erachtet den Vorentwurf über die Änderung des Bundesgesetzes für familienergänzende Kinderbetreuung (SR 861) als grundsätzlich sachgerecht. Hingegen ist für uns in keiner Weise einsichtig, warum die Innovationsförderung auf Kantone und Gemeinden beschränkt werden soll. Entsprechende Beiträge müssen auch nicht gewinnorientierten juristischen Personen und privaten Anbietenden zugute kommen können. Art. 2 Abs. 3 des Entwurfs ist entsprechend zu ergänzen.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung und versichern Sie, sehr geehrte Damen und Herren, unserer ausgezeichneten Hochachtung.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATS

Landammann:



Roland Brogli

Staatsschreiber:



Dr. Peter Grünenfelder

Kopie an:

- familienfragen@bsv.admin.ch



KANTON
APPENZELL INNERRHODEN

Landammann und Standeskommission

Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon 071 788 93 24
Telefax 071 788 93 39
eveline.sutter@rk.ai.ch
<http://www.ai.ch/>

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld Familie, Generationen
und Gesellschaft
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Appenzell, 8. Oktober 2009

Verlängerung Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 1. Juli 2009, mit welchem Sie um Stellungnahme zur vorgesehenen Verlängerung der Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung bis 15. Oktober 2009 ersuchten.

Die Standeskommission **lehnt die Verlängerung der Geltungsdauer des Bundesgesetzes über die Finanzhilfe für familienergänzende Kinderbetreuung ab**, und zwar hauptsächlich aus folgenden Gründen:

- Es liegt in der Natur von Impulsprogrammen und Anschubfinanzierungen, dass sie nicht auf Dauer angelegt sind und abgeschlossen werden müssen, wenn ihre Befristung abgelaufen ist. Die Bundespolitik verliert an Glaubwürdigkeit, wenn sie Impulsprogramme und Anschubfinanzierungen nach deren Ablauf fortführt. Einer nochmaligen Verlängerung bis 2015 wird, wenn die Erwartungen der Bundesorgane in dieser Angelegenheit nicht erfüllt sein werden, mit grosser Sicherheit eine weitere Verlängerung, wenn nicht eine Überführung der befristeten Massnahmen ins ordentliche, unbefristete Bundesrecht folgen. Diese Form der Gesetzgebung ist abzulehnen.
- Auch inhaltlich bestehen Gründe für eine Ablehnung (siehe dazu auch die Stellungnahme der Standeskommission zum Bundesgesetz über die Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung vom 24. September 2002). Wie im ursprünglichen Impulsprogramm wird auch in seiner Verlängerung das Schwergewicht auf die Objektfinanzierung gelegt. Dies widerspricht der Philosophie des Kantons Appenzell I.Rh. in dieser Sache, der mit dem Grossratsbeschluss betreffend Leistung von Beiträgen an Kinderhorte grundsätzlich nur die sozial gerechtere subjektbezogene Subventionierung fördert.

- Ausserdem ist nochmals mit Nachdruck darauf hinzuweisen, dass die familienergänzende Kinderbetreuung in den Zuständigkeitsbereich der Kantone und je nach kantonalem Recht auch in denjenigen der Gemeinden fällt und nicht in die Kompetenz des Bundes.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie, sehr geehrte Damen und Herren, freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Ständekommission

Der Ratschreiber:



Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

Erziehungsdepartement Appenzell I.Rh., Hauptgasse 51, 9050 Appenzell

Gesundheits- und Sozialdepartement Appenzell I.Rh., Hoferbad 2, 9050 Appenzell

Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Oberegg

Nationalrat Arthur Loepfe, Schönenbüel 46, 9050 Appenzell Steinegg



KANTON
APPENZEL INNERRHODEN

Protokoll der Standeskommission

Sitzung vom 24. September 2002 (Nr. 1139)

Vernehmlassung / VO / Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung
Eldg. Departement des Innern, Bern

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 6. September 2002 übermitteln Sie die Verordnung über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung zur Stellungnahme bis 30. September 2002 an das Bundesamt für Sozialversicherung, Effingerstrasse 20, 3003 Bern.

Die Standeskommission des Kantons Appenzel I.Rh. hat von den übermittelten Unterlagen Kenntnis genommen und hält dazu Folgendes fest:

Grundsätzliches

1. Die vorgeschlagene Verordnung widerspricht dem Projekt "Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen im Rahmen des NFA".

Die Aufgabe der familienergänzenden Kinderbetreuung gehört in den Zuständigkeitsbereich der Kantone und der Gemeinden und nicht des Bundes.

2. Der Grosse Rat hat mit dem Erlass des Grossratsbeschlusses betreffend Leistung von Beiträgen an Kinderhorte am 24. Juni 2002 die gesetzliche Grundlage im Kanton Appenzel I.Rh. bereits geschaffen (siehe Beilage: Grossratsbeschluss mit dazugehöriger Botschaft).

Stellungnahme

Mit der vorgesehenen Verordnung würde der Bund Gelder im Giesskannenprinzip für Aufgaben verteilen, welche im Zuständigkeitsbereich der Kantone und Gemeinden liegen. Die vorgeschlagene objektbezogene Subventionierung von familienergänzender Kinderbetreuung widerspricht dem Grossratsbeschluss betreffend Leistung von Beiträgen an Kinderhorte, welche der Grosse Rat des Kantons Appenzel I.Rh. verabschiedet hat und grundsätzlich nur sozial gerechtere subjektbezogene Subventionierung fördert.

Die vorgesehene Finanzhilfe des Bundes kann nicht akzeptiert werden, so lange es sich um eine Kantons- und Gemeindeaufgabe handelt. Wollte man Ihrem Ansinnen folgen, müsste konsequenterweise die familienergänzende Kinderbetreuung im NFA als Bundesaufgabe deklariert werden. Nur in diesem Falle würde der Kanton Appenzell I.Rh. nicht gegen diese Vollzugsverordnung opponieren.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin, mit ausgezeichnete Hochachtung.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission
Der Ratschreiber:

Franz Breitenmoser

Zugestellt am: 27. Sep. 2002

Beilagen:

Grossratsbeschluss betreffend Leistung von Beiträgen an Kinderhorte vom 24. Juni 2002 mit dazugehörender Botschaft

Geht an:

Bundesamt für Sozialversicherung, Effingerstrasse 20, 3003 Bern

Zur Kenntnis an:

Gesundheits- und Sozialdepartement Appenzell I.Rh., Sekretariat, Marktgasse 10d,
9050 Appenzell



Vorentwurf über die Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung; Vernehmlassung

A. Ausgangslage

Das Eidgenössische Department des Innern EDI lud mit Schreiben vom 1. Juli 2009 die Kantonsregierungen zur vorgenannten Vernehmlassung mit Frist bis 15. Oktober 2009 ein.

Das Departement Inneres und Kultur hat das Departement Bildung, die Fachstelle für Familien und Gleichstellung sowie die Fachstelle für Sozialhilfe und Sozialarbeit zum Mitbericht eingeladen. Zur Vorlage bestehen die nachfolgenden Bemerkungen.

B. Erwägungen

Allgemeine Bemerkungen

In den letzten Jahrzehnten haben sich die gesellschaftlichen Strukturen wesentlich verändert. Aufgrund des sozialen Wandels und des fortlaufenden Individualisierungsprozesses sind nebst den klassischen Familienformen neue Formen von Lebensgemeinschaften entstanden. Darüber hinaus haben sich auch die Strukturen innerhalb der Familien verändert. Die traditionellen Geschlechterrollen werden zunehmend hinterfragt und die Familien- und Erwerbsarbeit neu verteilt. Die Erwerbsquote der Frauen ist stark gestiegen. Als Folge der Pluralisierung der Familienformen haben sich die Bedürfnisse nach familienergänzender Kinderbetreuung verändert. Einerseits können Arbeit und Familie dank ausserfamiliären Betreuungsangeboten besser vereinbart werden. Andererseits unterstützen ausserfamiliäre Betreuungsangebote die erfolgreiche Integration von Kindern mit Migrationshintergrund und aus sozial benachteiligten Familien. Schliesslich trägt eine Verbesserung des Angebots von Kinderbetreuungsplätzen indirekt auch zur Gleichstellung von Frau und Mann bei, wenn Paare in der Rollenverteilung grössere Wahlmöglichkeiten haben.

Finanzhilfe für Kindertagesstätten und schulergänzende Kinderbetreuung

Eine Bevölkerungsbefragung im Kanton Appenzell Ausserrhoden hat gezeigt, dass ein grosser Teil der Familien die momentane Situation bezüglich Betreuungsplätze von Kindern im Vorschulalter als unbefriedigend bezeichnet. Da in mehr als 50 Prozent aller Ausserrhoder Familien beide Elternteile erwerbstätig sind, liegt die Vermutung nahe, dass die Nachfrage das Angebot übersteigt. Es zeigt sich, dass weitere Betreuungsplätze geschaffen werden müssen. Entgegen den Ausführungen in der Vernehmlassung gelangt der Regierungsrat zur Ansicht, dass es sich dabei aber um eine Aufgabe handelt, die die Kantone besser wahrnehmen können



als der Bund. In diesem Sinne lehnt der Regierungsrat eine Verlängerung der Geltungsdauer ab, nicht zuletzt aus ordnungspolitischen Gründen. Ohnehin sollten nur Projekte unterstützt werden, deren Weiterbestehen nach Ende der finanziellen Unterstützung durch den Bund gesichert ist, obwohl dieses Kriterium in der Praxis schwierig umzusetzen ist.

C. Beschluss des Regierungsrates

Die vorstehenden Ausführungen werden dem EDI als Antwort übermittelt.

Mitteilung an Eidgenössisches Departement des Innern, 3003 Bern
familienfragen@bsv.admin.ch

Auszug an Departement Inneres und Kultur
Departement Bildung
Departementssekretariat Inneres und Kultur
Departementssekretariat Bildung
Fachstelle für Familien und Gleichstellung

Ständerat Dr. Hans Altherr, Trogen (hans.altherr@gmx.ch)
Nationalrätin Marianne Kleiner-Schläpfer, Herisau (marianne.kleiner@swissonline.ch)

Versandt am 6. Oktober 2009

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld Familie, Generationen und
Gesellschaft
Effingerstrasse 20
3003 Bern

1602

Bern, 16. September 2009

GEF C

Vorentwurf über die Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung (SR 861); Vernehmlassungsverfahren

Stellungnahme



Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

In oben genannter Angelegenheit beziehen wir uns auf Ihr Schreiben vom 1. Juli 2009 und bedanken uns bei Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Der Regierungsrat des Kantons Bern äussert sich zur unterbreiteten Vorlage wie folgt:

Wir begrüssen die Verlängerung der Geltungsdauer der gesetzlichen Grundlage für das Impulsprogramm des Bundes sehr. Die Nachfrage nach familienergänzender Kinderbetreuung ist gerade auch in unserem Kanton nach wie vor grösser als das Angebot. Die Anstossfinanzierung des Bundes kann dazu beitragen, dass die vorhandenen Lücken im Betreuungsangebot geschlossen werden können.

Allerdings stellen wir fest, dass mit der Anstossfinanzierung allein das Problem der langfristigen Finanzierung nicht gelöst ist. Aus der Sicht des Kantons wäre ein stärkeres Engagement des Bundes in diesem Bereich wünschenswert. Deshalb begrüssen wir insbesondere die neue Bestimmung, die es dem Bund erlaubt, innovative Projekte von Kantonen und Gemeinden mitzufinanzieren.

Mit der Umsetzung der Interkantonalen Vereinbarung vom 14. Juni 2007 über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS) ist die Verpflichtung zur Schaffung von Tagesstrukturen für Schülerinnen und Schüler verbunden. Deshalb erachten wir es als besonders wichtig, dass der Bund weiterhin auch für die Betreuung der Kindergarten- und Schulkinder Beiträge leistet.

Der Regierungsrat bittet Sie höflich um Berücksichtigung seiner Anliegen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

A simple, stylized handwritten signature consisting of a few connected strokes.

Der Staatsschreiber:

A more complex handwritten signature with several loops and a long vertical stroke.



DER REGIERUNGSRAT
DES KANTONS BASEL-LANDSCHAFT

G - EDI
16. OKT. 2009
Nr.

Eidgenössisches
Departement des Innern
3003 Bern

Vernehmlassung betreffend Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Stellungnahme und äussern uns in erwähnter Angelegenheit wie folgt:

1. Allgemeine Bemerkungen

Wir unterstützen die vorgeschlagene Verlängerung des bislang auf 8 Jahre befristeten Impulsprogramms um weitere 4 Jahre bis zum 31. Januar 2015. Gemäss dem erläuternden Bericht wurde mit dem Impulsprogramm bisher die Schaffung von 24'000 neuen Plätzen für die Tagesbetreuung von Kindern gefördert. Dies legt die Schlussfolgerung nahe, dass die Finanzhilfen wesentlich zur Zielsetzung beigetragen haben, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Bei der Beurteilung der Wirksamkeit dieser Finanzhilfen ist aber der sogenannte Mitnahmeeffekt zu berücksichtigen, also der Anteil der Plätze, die auch ohne Finanzhilfen geschaffen worden wäre. Zwar lässt sich der Mitnahmeeffekt empirisch nicht exakt ermitteln, auf Grund des Forschungsberichts 12/05 vom 23. August 2005 des Bundesamts für Sozialversicherung kann aber davon ausgegangen werden, dass sich der Mitnahmeeffekt auf schätzungsweise 50% belaufen dürfte. Dank den Finanzhilfen wären bisher somit 11'000 Plätze geschaffen worden, und 11'000 Plätze wären demnach auch ohne Finanzhilfen des Bundes entstanden. Obwohl der geschätzte Mitnahmeeffekt die Wirkung der Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung relativiert, haben diese trotzdem wesentlich zum Ausbau des Platzangebots beigetragen.

Artikel 6 Absatz 2 (Gesetz)

Unsere Erfahrung zeigt, dass schulergänzende Angebote erst nach einer harzigen Startphase von den Eltern wahrgenommen und genutzt werden. In der Startphase müssen die geplanten Betreuungsplätze oder die Anzahl Tage, an denen ein Angebot besteht, häufig entsprechend dem Anmeldungseingang reduziert werden. Infolge der Redimensionierung der Öffnungszeiten und Betreuungsplätze kann ein Angebot die Rahmenbedingungen zum Bezug von Bundessubventionen nicht mehr erfüllen. Eine erneute Anfrage – zu einem

Zeitpunkt, in dem die Rahmenbedingungen wieder erfüllt sind – schliesst das Gesetz aus (Artikel 6 Absatz 2). Die Praxis zeigt aber, dass die Erziehungsberechtigten erst von bisherigen

Lösungen der familienergänzenden Kinderbetreuung zu einem schulergänzenden Angebot wechseln, wenn ein solches Angebot besteht und erste positive Erfahrungen gemacht wurden. Wir bitten Sie daher, den heutigen Subventionsausschluss gemäss Artikel 6 Absatz 2 des Gesetzes zu überprüfen. Eine Subventionierung auf Grund eines zweiten Gesuchs nach einer erfolgreichen Test- oder Projektphase sollte unseres Erachtens möglich sein.

Artikel 2 Absatz 3 Buchstabe a / Artikel 5 Absatz 3 Buchstabe a (Verordnung; SR 861.1)

Diese Verordnungsbestimmungen sehen vor, dass die Anzahl Plätze um einen Drittel, mindestens aber um 10 Plätze erweitert werden muss, um das Kriterium der "wesentlichen Erhöhung des Angebots" zu erfüllen und damit in den Genuss von Subventionen zu kommen. Das Kriterium der Erhöhung um einen Drittel stellt vor allem bei grösseren Institutionen eine zu grosse Hürde dar. Grössere Einrichtungen sowie Kantone mit bereits gut ausgebautem Angebot werden dadurch benachteiligt. Wir bitten Sie daher, die Streichung des Kriteriums der Erhöhung um einen Drittel zu prüfen und nur am Kriterium der Erhöhung der Anzahl Plätze festzuhalten.

Abschliessend hoffen wir, Ihnen mit unserer Stellungnahme dienen zu können, und danken nochmals für die Möglichkeit zur Meinungsäusserung.

Liestal, 13. Oktober 2009

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrats
Der Präsident:

i.v. J. Wini

Der Landschreiber:

pend.



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

GS - EDI

25. SEP. 2009

Nr.

Staatskanzlei
Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Telefon +41 (0)61 267 85 62
Telefax +41 (0)61 267 85 72
E-Mail staatskanzlei@bs.ch
Internet www.bs.ch

Herrn Bundesrat Pascal Couchepin
Eidgenössisches Departement des Innern
Bundesamt für Sozialversicherungen
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Basel, 23. September 2009

Regierungsratsbeschluss
vom 22. September 2009

Vernehmlassung Vorentwurf über die Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung (SR 861)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Dame
Sehr geehrter Herr

Für die Einladung zur Vernehmlassung zum Vorentwurf für die Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung (SR 861) danken wir Ihnen. Gerne kommen wir Ihrer Aufforderung nach.

Allgemeine Bemerkungen

Es ist eine Tatsache, dass der Ausbau der familienergänzenden Tagesbetreuung sowohl im Interesse der Eltern liegt als auch Vorteile für die Wirtschaft mit sich bringt. In der heutigen Zeit sollen Eltern selbst bestimmen können, wie sie die Erwerbsarbeit untereinander aufteilen. Gleiches gilt für die Betreuung der Kinder.

Auf der Basis dieser Erkenntnisse hat der Kanton Basel-Stadt im Jahr 2003 ein neues Gesetz über die Tagesbetreuung in Kraft gesetzt. In der nachfolgenden Totalrevision der Kantonsverfassung ist zudem ein Recht auf Tagesbetreuung stipuliert worden.

In der Zwischenzeit ist die Entwicklung weiter vorangeschritten. Nicht nur fand ein beachtlicher Ausbau des Angebotes an Plätzen in Krippen und Tagesheimen statt, es wurden auch – zusätzlich zu den im Kanton Basel-Stadt bereits früher eingeführten Blockzeiten in der

Schule – Schulangebote mit Tagesstrukturen aufgebaut. Es wird auch in anderen Gemeinwesen in der Zukunft eine wichtige Aufgabe sein, die Triage zwischen ausserfamiliärer Tagesbetreuung in Krippen und Tagesheimen und den um Betreuungsangebote ergänzten Schulen durchzuführen. Diese Entwicklung dürfte auch den Subventionsgeber Bund interessieren, unter anderem weil eine Verschiebung von bisherigen Angeboten zu neuen zu beobachten sein dürfte. Es zeigt sich, dass das Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung von 2002 auch mit Blick auf die Schule als Anbieter von Betreuungsangeboten sehr fortschrittlich ausgestaltet war.

Neuen Subventionsmöglichkeiten haftet der Mangel an, dass Gemeinwesen, welche bereits früher im entsprechenden Aufgabenbereich tätig waren, sich „bestraft“ fühlen können, wenn sie für den zu einem früheren Zeitpunkt getätigten Aufwand keine Unterstützung erhalten können. Das vorliegende Gesetz bringt insofern Milderung, als dass zusätzliche Angebote beziehungsweise die Erweiterung des Volumens subventioniert werden können. Dies ist zu begrüssen. Es muss nämlich ein Ausgleich zwischen fortschrittlichen Gemeinwesen, welche bereits in der Vergangenheit entsprechende Angebote finanziert haben, und säumigen, die keine Reaktion auf die Bedürfnisse der Bevölkerung gezeigt haben, ersichtlich sein. Es darf nicht sein, dass diejenigen, die nichts unternommen haben, jetzt die Gewinner sind. Dies kann erreicht werden, indem die Schwelle für die Subventionierung von neuen Angeboten bzw. die Schwelle für den Ausbau bestehender Angebote nicht zu hoch angesetzt wird.

Zu den einzelnen Bestimmungen

Art. 2 Abs. 1 Bst. b und d (neu) und 2

://: Zustimmung

Kommentar: Wir befürworten, dass sowohl die Einrichtungen für die schulergänzende Betreuung als auch Kantone und Gemeinden Empfangende für Finanzhilfen sein können.

In den Erläuterungen wird als „wesentliche Erhöhung“ die Vermehrung der Anzahl Plätze um einen Drittel, mindestens aber um zehn Plätze, definiert. Die Erhöhung der Anzahl Plätze um einen Drittel stellt vor allem bei grösseren Institutionen bzw. Trägerschaften eine zu grosse Hürde dar. Wir schlagen deshalb vor, als „wesentliche Erhöhung“ nur die Anzahl Plätze (wie bisher mindestens zehn Plätze) festzuhalten. Wird diese Korrektur unterlassen, so werden grössere Einrichtungen einerseits und Kantone mit einem bereits gut ausgebauten Angebot andererseits klar benachteiligt. Es ist aber wenig sinnvoll, grössere Institutionen, die sehr professionell arbeiten, aber Mühe haben, ihr Angebot um einen Drittel ausbauen zu können, so zu benachteiligen, wie dies der Entwurf vorsieht. Es ist in diesem Zusammenhang auch zu beachten, dass solche Einrichtungen im Bereich der Betriebskosten sehr günstig operieren. Der Bundesrat wird deshalb höflich gebeten, dem inzwischen dank der bisherigen Finanzhilfen bereits erfolgtem Ausbau Rechnung zu tragen. Aus diesen Gründen sollte bei der notwendigen Anpassung der Verordnung als „wesentliche Erhöhung“ lediglich die Anzahl Plätze Kriterium sein.

Art. 3 Abs. 3 (neu)

://: Zustimmung

Kommentar: Es wird entscheidend sein, was mit „Innovationscharakter“ gemeint ist. Wir gehen davon aus, dass Programme, wie wir sie im Kanton Basel-Stadt lanciert haben, welche zusätzlich zur Betreuung noch die Sprachförderung von Vor-Kindergartenkindern zum Inhalt haben, als innovatives Modell gelten. Wichtige Elemente der Frühförderung sollten – im Verein mit Betreuungsangeboten – Unterstützung finden können.

Die im Kommentar des erläuternden Berichts aufgeführten Einschränkungen gehen aus unserer Sicht zu weit (S. 10.). Die zu einschränkende Formulierung im Kommentar muss angepasst werden, so dass pädagogisch oder strukturell innovative Projekte ebenso mit Bundesmitteln unterstützt werden können.

Art. 4 Abs. 2^{bis} (neu)

://: Zustimmung

Kommentar: Es scheint uns richtig, eine Volumen-Begrenzung der zur Förderung von innovativen Projekten zur Verfügung stehenden Mitteln vorzunehmen.

Art. 5 Bemessung und Dauer der Finanzhilfen

://: Zustimmung

Kommentar: Die klare Bezifferung der Subventionsbeträge scheint uns nach wie vor wichtig zu sein. Auch die Sicherung, die eingebaut worden ist, um einen Rückzug der bisherigen Träger zu verhindern, ist zu unterstützen.

Art. 6 (Sachüberschrift) Abs. 1-3

://: Zustimmung

Art. 6 Abs. 4 (neu)

://: Ablehnung

Kommentar: Diese Abgrenzung bewirkt eine Ungerechtigkeit. Innovative Modelle, die – vollumfänglich zulasten der Kantone beziehungsweise Gemeinden – zu einem früheren Zeitpunkt umgesetzt worden sind, sollten genau gleich vom Bund unterstützt werden können wie die übrigen Angebote. Die Beschränkung des Absatzes 4 ist deshalb ersatzlos zu streichen, eventualiter zu lockern. Es muss möglich sein, auch bereits bestehende innovative Projekte zu unterstützen. Schliesslich können damit wertvolle Erfahrungen auch für andere Gemeinwesen gewonnen werden.

Art. 6a Gewährung von Finanzhilfen (neu)

://: Zustimmung

Kommentar: Die Form des Leistungsvertrages scheint uns angemessen. Wichtig ist, dass die Abwicklung der Gesuchsbehandlung rasch verläuft. Die Bedürfnisse der Eltern einerseits und der Wirtschaft andererseits verlangen kurze Erstellungszeiten der neuen beziehungsweise zusätzlichen Angebote.

Art. 10 Abs. 4 (neu)

://: Zustimmung

Kommentar: Es ist sehr zu begrüßen, dass der Bund diese wichtige Unterstützungsleistung fortsetzt.

Der Kanton Basel-Stadt begrüsst somit die vorgeschlagene Verlängerung des Programms des Bundes. Die Verlängerung der Anschubfinanzierung durch den Bund ermöglicht es, das Angebot weiter auszubauen. Damit können die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert und ein Beitrag zur Förderung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern geleistet werden.


Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme und bitten Sie höflich, unsere Bemerkungen in Ihre Überlegungen aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüssen

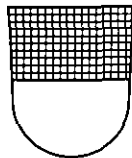
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



G - EDI

25. SEP. 2009

Nr.

LE CONSEIL D'ÉTAT

DU

CANTON DE FRIBOURG

Monsieur Pascal Couchepin
Conseiller fédéral
Office fédéral des assurances sociales
Domaines famille, générations et
société
Effingerstrasse 20
3003 Berne

Avant-projet de modification de la loi fédérale sur les aides financières à l'accueil extra-familial pour enfants (RS 861). Réponse à la procédure de consultation du Département fédéral de l'intérieur.

Monsieur le Conseiller fédéral,

Vous nous avez consultés par lettre du 1er juillet 2009 sur l'avant-projet de modification de la loi fédérale sur les aides financières à l'accueil extra-familial pour enfants (RS 861).

Nous avons l'honneur de vous transmettre notre détermination sur cet objet.

Le canton de Fribourg soutient le projet de prolonger de 4 ans la durée des aides financières à l'accueil extra-familial pour enfants et de fixer un nouveau cadre financier.

Le canton de Fribourg mène depuis 1995 une politique active pour la conciliation vie de famille-travail en ayant adopté, notamment, une législation sur les structures d'accueil de la petite enfance où les communes interviennent dans le financement des places d'accueil. Ce sont désormais les structures de jour pour l'accueil parascolaire qui font l'objet d'un développement important, et le soutien apporté par les aides financières à l'accueil extra-familial pour enfants sera fortement sollicité et apprécié. Néanmoins, l'Etat de Fribourg mène actuellement une étude sur le « Potentiel de demandes en structures d'accueil extrafamilial et extrascolaires dans le canton de Fribourg ». Les résultats définitifs de cette étude seront disponibles à l'automne 2009. Les résultats intermédiaires mettent notamment déjà en évidence le fait que, si de nombreux efforts ont été entrepris ces dernières années, l'offre actuellement disponible dans le canton de Fribourg ne couvre pas encore la demande des familles en matière d'accueil extrafamilial. Dans ce contexte, une intervention de la Confédération en complément des efforts consentis au niveau cantonal est la bienvenue.

Le programme d'impulsion de l'OFAS est perçu par les responsables de structure d'accueil comme un soutien nécessaire à la création de nouvelles places d'accueil. C'est une aide de départ qui favorise la création de projets durables. Tout laisse à penser que, dans le canton de Fribourg, les offres du programme de l'OFAS seront plus fortement mobilisées dans les années à venir. D'une part, le domaine de l'accueil parascolaire est en plein développement. D'autre part, les structures d'accueil du canton de Fribourg connaissent désormais mieux le programme d'impulsion de l'OFAS et sont plus à même d'en faire bon usage. Les responsables des structures ont acquis un important savoir-faire dans la création de projets.

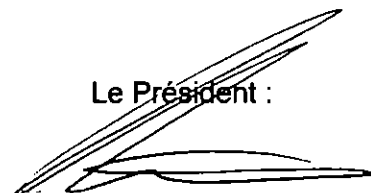
Vu ce qui précède, nous soutenons le fait que la Confédération soutienne financièrement les projets novateurs en matière d'accueil extra-familial des enfants.

Sur le plan technique, nous n'avons pas de remarques à formuler, si ce n'est pour relever que le projet ne prévoit pas de quelle manière et par qui les évaluations seront conduites, ni quels coûts elles engendreront proportionnellement aux aides accordées.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de nos salutations distinguées.

· AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

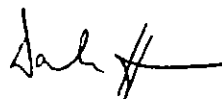
Le Président :



C. LÄSSER



La Chancelière



D. GAGNAUX

Fribourg, le 22 septembre 2009

Copie par courriel
familienfragen@bsv.admin.ch



Genève, le 14 octobre 2009

GS - EDI

15. OKT. 2009

Nr.

Le Conseil d'Etat

7691 - 2009

Monsieur Pascal Couchepin
Conseiller fédéral
Département fédéral de l'Intérieur
3003 Berne

Concerne : avant-projet de modification de la loi sur les aides financières à l'accueil extra-familial pour enfants (RS 861) : ouverture de la procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Conseil d'Etat a pris connaissance avec intérêt de la consultation relative à l'avant-projet de modification de la loi sur les aides financières à l'accueil extra-familial pour enfants.

Le Conseil d'Etat approuve sans modification l'avant-projet de modification de la loi fédérale sur les aides financières à l'accueil extra-familial pour enfants.

En effet, étendre l'offre de structures extra-familiales pour enfants est une mesure essentielle pour favoriser la conciliation de la vie professionnelle et de la vie familiale. Force est de constater que l'évolution de la société et la modification des structures familiales font qu'aujourd'hui de plus en plus de femmes et de mères sont actives sur le marché du travail.

Nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

Le chancelier :

Robert Hensler

Le président :

David Hiler

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld Familie, Generationen
und Gesellschaft
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Glarus, 29. September 2009

Vernehmlassung i. S. Vorentwurf über die Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung (SR 861)

Hochgeachteter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zum Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung Stellung nehmen zu dürfen.

1. Vorgeschlagene Änderungen: Verlängerung des Programms und Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Innovationsförderung

1.1 Verlängerung des Impulsprogramms um vier Jahre

Im Kanton Glarus konnten die Gemeinden bisher familienergänzende Betreuungsangebote wie Kinderhorte oder Tagesschulen führen.

Im revidierten Bildungsgesetz, welches am 1. August 2011 in Kraft tritt, sind die Anliegen des HarmoS-Konkordats aufgenommen, für bedarfsgerechte Tagesstrukturen zu sorgen (Art. 54, Abs. 2). Es ist deshalb davon auszugehen, dass die Gemeinden die familienergänzenden Angebote erweitern und teilweise auch neue Angebote schaffen werden.

Wir begrüssen deshalb die Verlängerung des Finanzierungsprogramms um weitere vier Jahre bis zum 31. Januar 2015.

1.2 Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Innovationsförderung

Wir unterstützen die Möglichkeit des Bundes, Pilotprojekte zu unterstützen, um Erfahrungen mit neuen Modellen im Bereich der familienergänzenden Betreuung zu sammeln (z.B. Betreuungsgutscheine). Sollen finanzielle Leistungen auch als Steuerungsinstrumente für politische und

wirtschaftliche Interessen eingesetzt werden, so muss man sich in Zukunft mit der Zweckmässigkeit von verschiedenen Finanzierungsmodellen auseinandersetzen.

Mittels Betreuungsgutscheinen den Wettbewerb zwischen verschiedenen Betreuungseinrichtungen bzw. –möglichkeiten anregen zu wollen, ist in unserem Kanton begrenzt attraktiv, da der „Markt“ möglicherweise zu klein ist. Einzelne Gemeinden haben Schwierigkeiten, ein gutes Angebot überhaupt führen zu können, da der Bedarf teilweise gering ist. Andere Institutionen wiederum sind sehr gut ausgelastet.

Eine gesetzliche Grundlage kann u.E. aber dazu beitragen, die Innovationsfähigkeit der Gemeinden und Kantone auf diesem Gebiet zu fördern und neue Lösungsansätze zu unterstützen.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Für den Regierungsrat

Marianne Dürst lic. iur. Hansjörg Dürst
Landammann Ratsschreiber

versandt am: 30. September 2009



Sitzung vom

15. September 2009

Mitgeteilt den

15. September 2009

Protokoll.Nr.

912

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld Familie, Generationen und Gesellschaft
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Auch per E-Mail an familienfragen@bsv.admin.ch

Vorentwurf über die Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung (SR 861)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 1. Juli 2009 haben Sie uns den Vorentwurf eines Revisionserlasses für Änderungen am Bundesgesetz über die Finanzhilfe für familienergänzende Kinderbetreuung mit der Einladung zu einer allfälligen Stellungnahme zukommen lassen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt.

Auf eine detaillierte Stellungnahme zu den einzelnen ergänzten oder geänderten Bestimmungen verzichten wir. Wir erlauben uns aber, Ihnen zwei generelle Punkte zur Beachtung zu empfehlen.

Der erste Punkt betrifft die Vereinheitlichung der Begriffe betreffend Kindergesetzgebung. Im Vorentwurf zur Totalrevision der Verordnung vom 19. Oktober 1977 über die Aufnahme von Kindern zur Pflege und zur Adoption (PAVO) ist eine neue Begriffseinteilung mit einem klaren Bezug zu Art, Form und Dauer der Betreuungsver-

hältnisse eingeführt worden. Diese begrüßen wir. Wir schlagen deshalb vor, diese Begriffseinteilung im Rahmen der Änderungen des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung zu übernehmen.

Der zweite Punkt betrifft die Verbesserung des Beitragsniveaus für die Anschubfinanzierung von Kinderbetreuungsangeboten im Kanton Graubünden. Die in unserer Stellungnahme vom 24. September 2002 zum Entwurf der heutigen Vollzugsverordnung SR 861.1 geforderte Proportionalität des ausgelösten Beitragsniveaus im Verhältnis zur Wohnbevölkerung konnte gemäss Zusammenstellung auf Seite 18 im erläuternden Bericht für Graubünden bisher nicht erzielt werden. Wir beantragen deshalb erneut, entsprechende Vorgaben im Rahmen der Änderungen des Gesetzes und der Verordnung in geeigneter Form festzuschreiben. Obwohl wir der Verwendung von bis zu 15% der Mittel für Innovative Betreuungsformen zustimmen können, muss befürchtet werden, dass sich dadurch das ausgelöste Beitragsniveau für Bündner Einrichtungen nicht verbessern wird.

Insgesamt befürworten wir die vorgeschlagene Änderung des Bundesgesetzes SR 861 zur Fortsetzung des Programms für weitere vier Jahre bis am 31. Januar 2015. Dies angesichts des sozialen und volkswirtschaftlichen Nutzens der familienergänzenden Kinderbetreuung und der ausgewiesenen Wirksamkeit der Anschubfinanzierung des Bundes.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse



Namens der Regierung

Der Präsident:

Der Kanzleidirektor:

A handwritten signature in black ink, appearing to be "H. Trachsel".

H. Trachsel

A handwritten signature in black ink, appearing to be "Dr. C. Riesen".

Dr. C. Riesen

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Office fédéral des assurances sociales
Domaine Famille, Générations et Société
Effingerstrasse 20
3003 Berne

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Bundesamt für Sozialversicherungen				
☰		16. SEP. 2009		☰
No 752.112				

Delémont, le 8 septembre 2009

Consultation concernant l'Avant-projet de modification de la loi fédérale sur les aides financières à l'accueil extra-familial pour enfants (RS 861)

Mesdames, Messieurs,

Le canton du Jura a bénéficié de l'appui financier à la création de places d'accueil à plusieurs reprises. Le Gouvernement jurassien est conscient des évolutions de la société et des modifications des besoins familiaux en matière de structures de garde des enfants. Ainsi, il conduit une politique incitative à la création de places d'accueil pour l'enfance et l'aide fédérale est appréciée. Il est donc convaincu de son utilité et souscrit à sa reconduction.

Il salue particulièrement la création d'une base légale permettant le soutien financier des projets à caractère novateur, mis sur pied par les cantons ou les communes. Le projet de taxe unique initié par le Département de la Santé, des Affaires sociales et des Ressources humaines, en phase de consultation actuellement, pourra être examiné dans ce cadre-là.

Le Gouvernement jurassien se prononce donc favorablement quant à la modification de la loi fédérale sur les aides financières à l'accueil extra-familial pour enfants.

Le Gouvernement vous remercie de l'attention que vous porterez à ses considérations et vous adresse, Mesdames, Messieurs, l'expression de ses sentiments distingués.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA



Michel Probst
Président



Sigismond Jacquod
Chancelier d'État



Gesundheits- und Sozialdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 4168
6002 Luzern
Telefon 041 228 60 84
Telefax 041 228 60 97
gesundheit.soziales@lu.ch
www.lu.ch

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld Familie, Generation und
Gesellschaft
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Luzern, prompt / RRB-Nr. tra_beschlussnr
ges_laufnr / dok_titel

Vorentwurf über die Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung (SR 861): Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 1. Juli 2009 haben Sie uns eingeladen, zum Vorentwurf über die Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung (SR 861) eine Stellungnahme abzugeben. Im Namen und Auftrag des Regierungsrates des Kantons Luzern tun wir dies wie folgt:

Der gesellschaftliche Wandel und Veränderungen der Familienstrukturen sowie die damit verbundene Vielfalt von Familien- und Erwerbsmodellen¹ haben dazu geführt, dass zunehmend Eltern aus verschiedensten Gründen auf familienergänzende Kinderbetreuung angewiesen sind: Der ökonomische Mobilitätsdruck im Arbeitsbereich nimmt zu, die Distanzen zwischen Wohn- und Arbeitsort werden grösser und die Zahl der erwerbstätigen Mütter steigt. Wir erachten es daher als dringend notwendig, dass der Bund das Impulsprogramm zur Schaffung von Plätzen für die familienergänzende Kinderbetreuung weiterführt. Folglich begrüssen wir ausdrücklich die vom Bundesrat vorgeschlagene Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes um weitere vier Jahre.

Da wir es als wichtig erachten, dass neue Modelle entwickelt werden, begrüssen wir auch die Schaffung einer zusätzlichen gesetzlichen Grundlage für die Förderung von Innovationen im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung.

In diesem Sinne unterstützen wir die Vorlage vollumfänglich und danken Ihnen für die uns gebotene Gelegenheit zur Stellungnahme

Freundliche Grüsse

Dr. Markus Dürr
Regierungsrat
Telefon 041-228 60 85
Markus.Duerr@lu.ch

¹ Bundesamt für Statistik (2009): Erwerbsmodelle, Arbeitsteilung und Kinderbetreuung in Paarhaushalten. Einige Aspekte der Vereinbarkeit von Beruf und Familie: Die Schweiz im internationalen Vergleich, Neuenburg.



RÉPUBLIQUE ET CANTON DE NEUCHÂTEL

CHANCELLERIE D'ÉTAT
SECRETARIAT GÉNÉRAL

Office Fédéral des assurances
sociales Domaine Famille,
Génération et Société
Effingerstrasse 20
3003 Berne

AVEC NOS COMPLIMENTS



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Office Fédéral des assurances sociales
Domaine Famille, Générations et Société
Effingerstrasse 20
3003 Berne

Avant-projet de modification de la loi fédérale sur les aides financières à l'accueil extra-familial pour enfants

Madame, Monsieur,

Le Conseil d'Etat de la République et Canton de Neuchâtel remercie Monsieur le Conseiller fédéral Pascal Couchepin de l'avoir associé à la consultation relative à l'objet cité en exergue.

Remarques générales

Le canton de Neuchâtel se réjouit de la volonté du Conseil fédéral de prolonger la durée de validité de la loi sur les aides financières à l'accueil extra-familial pour enfants pour quatre nouvelles années, soit jusqu'au 31 janvier 2015. Il salue également la création d'une base légale permettant à la Confédération de soutenir des projets novateurs initiés par les cantons et les communes dans le domaine de l'accueil extra-familial pour enfants.

Aujourd'hui, pour des parents qui travaillent, trouver une place d'accueil pour leurs enfants relève encore du parcours du combattant. La pénurie en places d'accueil est toujours problématique. Dès lors, tant que la demande restera supérieure à l'offre, il est essentiel que la Confédération maintienne son soutien financier afin de stimuler la création de nouvelles places d'accueil.

Le Conseil d'Etat regrette toutefois, sur le principe, que ces aides financières ne soient allouées que lors de la phase de démarrage et non de manière durable. En effet, même si la responsabilité de la mise en place de structures d'accueil extra-familial relève de la compétence des cantons et des communes, il n'en demeure pas moins que la Confédération doit aussi s'engager, à long terme, puisqu'une offre suffisante en places d'accueil extra-familial est rentable pour l'économie suisse.

Pour des organismes décidés à réaliser un projet dans le domaine de l'accueil extra-familial le développement est long et difficile. Même si les aides financières fédérales ont été initiatrices de nombreux projets, le Conseil d'Etat regrette que la procédure en vue d'obtenir le soutien de la Confédération soit stricte au point d'avoir, sans aucun doute, découragé plus d'une institution. En effet, un allègement des exigences administratives permettrait à de nombreux organismes d'offrir des places d'accueil tout aussi pérennes. Nous pensons notamment aux nombreuses annexes qui accompagnent le formulaire officiel de demande d'aide financière ainsi que l'exigence demandée aux requérants quant aux garanties financières. Le Conseil d'Etat rappelle ici les propos du rapport de la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil national du 22 février 2002 "demander des engagements financiers fermes dans une phase de lancement d'un projet est trop excessif. La dynamique incitative du programme fédéral peut en effet, dans ce dernier cas, être partiellement compromise".

Le Conseil d'Etat aimerait également faire ici le lien avec la révision totale de l'Ordonnance réglant le placement d'enfants à des fins d'entretien et en vue d'adoption (ci-après OPEE), notamment des nouvelles exigences en matière de surveillance des structures d'accueil extra-familial, de professionnalisation et d'encadrement du personnel auprès des enfants. Les montants des forfaits octroyés dans le cadre du programme d'impulsion ont été établis sur la base d'un calcul tenant compte pour un tiers des coûts d'exploitation et pour un tiers des coûts d'investissement des structures d'accueil extra-familial. Ces forfaits ont été fixés sur la base des exigences qualitatives liées à l'ancienne OPEE. Par conséquent, nous estimons essentiel que ces montants alloués par nouvelle place d'accueil créée soient revus à la hausse et qu'ils prennent en considération les nouvelles exigences de l'OPEE puisque ces dernières impliqueront des coûts d'exploitation supplémentaires.

Remarques particulières

Art. 5 al. 3 – Calcul et durée des aides financières

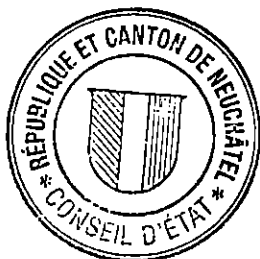
- Préciser dans cet alinéa : "Les aides financières allouées aux projets novateurs sont octroyées si les cantons et les communes qui déposent une demande soutiennent financièrement l'accueil extra-familial pour enfants à hauteur d'un montant au moins équivalent à celui de l'année civile précédant le début du projet".

Art. 6a, al. 1 – Octroi des aides financières

- Supprimer le mot "canton" dans cet alinéa : L'OFAS statue par voie de décision sur les demandes déposées par les structures visées à l'art. 2, al. 1, lettre a à c; il consulte au préalable *l'autorité cantonale compétente*.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à la présente, nous vous prions de recevoir, Madame, Monsieur, nos salutations distinguées.

Neuchâtel, le 28 septembre 2009



Au nom du Conseil d'Etat:

Le président,
J. STUDER

La chancelière,
M. ENGHEBEN



KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld Familie, Generationen und Ge-
sellschaft
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Stans, 22. September 2009

Vorentwurf über die Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergän- zende Kinderbetreuung (SR 861). Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Brief vom 1. Juli 2009 unterbreitete der Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI) den Kantonsregierungen den Vorentwurf über die Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung (SR 861) mit der Bitte, bis zum 15. Oktober 2009 eine Stellungnahme abzugeben.

Wir danken Ihnen für diese Möglichkeit und vernehmen uns wie folgt:

- Die Finanzierung von Projekten mit Innovations-Charakter ist zu begrüßen. Die dadurch gewonnenen Erkenntnisse können zur weiteren Gesetzesentwicklung beitragen. Obwohl aus den Unterlagen nicht klar ersichtlich, wird davon ausgegangen, dass diese Projekte begleitet und deren Erfolg gemessen wird. Unseres Erachtens müsste dies mindestens auf Verordnungsstufe geregelt werden.
- Bedauerlich ist, dass die Vernehmlassung eröffnet wurde, bevor der Evaluationsbericht öffentlich vorliegt (S. 4 erläuternder Bericht), da daraus wichtige Erkenntnisse für die Änderung des Bundesgesetzes zu erwarten gewesen wären.
- Der Ausbau der familienergänzenden Betreuungsangebote für Kinder ist eine zentrale Massnahme zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die noch nicht veröffentlichte Zwischenauswertung des Impulsprogramms im Auftrag des BSV hat offenbar bestätigt, dass die Finanzhilfen des Bundes in der Start- oder Ausbauphase der Betreuungseinrichtungen einen wichtigen und nachhaltigen Beitrag zur Erweiterung des Angebots leisten. So wurden seit 2003 bereits rund 24'000 neue Betreuungsplätze geschaffen. Dies entspricht einer Erhöhung des geschätzten Platzangebots von gegen 50%. Die allgemeine Nachfrage liegt jedoch noch immer weit über dem Angebot; zudem gibt es starke regionale Unterschiede. Aus diesen Gründen ist es sehr sinnvoll und notwendig, dass die Anstossfinanzierung ein weiteres Mal verlängert wird.

- Wir möchten aber nicht verhehlen, dass anstossfinanzierte Projekte nach dem Wegfallen der Bundesfinanzierung im Kanton zu unrealistischen Ansprüchen führen können. In gewissen Fällen gelangen dann auch wenig überlebensfähige Institutionen (die es verpasst haben, sich selbst finanzieren zu können) mit der Erwartung an den Kanton und die Gemeinden, dass diese eine dauernde Mitfinanzierung sicherstellen.

Wir danken Ihnen nochmals für die Möglichkeit der Stellungnahme und bitten Sie, unsere Überlegungen zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüssen

NAMENS DES REGIERUNGSRATES

Landammann

Landschreiber-Stellvertreter

Beat Fuchs

Hugo Murer



CH-6061 Sarnen, Postfach 1562, Staatskanzlei

A-Post
Eidgenössisches Departement des
Innern
Bundesamt für Sozialversicherung
3003 Bern

Geschäft-Nr. 2009-0476
(Signatur)
Sarnen, 8. Juli 2009

Eingangsbestätigung

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bestätigen, dass Ihr Schreiben betreffend

*Vorentwurf über die Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinder-
betreuung: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens*

beim Regierungsrat eingegangen ist und im Rahmen der Organisationsverordnung

zur Prüfung und Antragstellung

überwiesen wurde an das:

Finanzdepartement

Freundliche Grüsse

Staatskanzlei

Klaus Ming
Leiter Kanzleisekretariat

Zur Stellungnahme bis 15. Oktober 2009



Eidgenössisches Departement des
Innern
3003 Bern

Vorentwurf über die Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung (SR 861); Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 1. Juli 2009 laden Sie die Kantonsregierungen ein, zu oben genanntem Geschäft Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit und äussern uns dazu gerne wie folgt:

Wir begrüßen den Vorschlag, die Geltungsdauer des Gesetzes um weitere vier Jahre zu verlängern sowie Projekte der Kantone und Gemeinden mit Innovationscharakter finanziell zu unterstützen. Die Finanzhilfen des Bundes wurden im Kanton St.Gallen in den letzten Jahren gut genutzt. Sie stellen eine Risikoverminderung für die Anbietenden und einen Anreiz für die Gemeinden dar, die ausserfamiliäre Kinderbetreuung in Kindertagesstätten zu unterstützen.

Der Bedarf an Tagesstättenplätzen im Kanton St.Gallen ist zurzeit noch nicht gedeckt. Mit Blick auf den demographischen Wandel und den sich abzeichnenden Arbeitskräftemangel dürfte sich mittel- bis längerfristig keine Entspannung abzeichnen. Notwendig sind Massnahmen auf allen Staatsebenen. Auch vor diesem Hintergrund begrüßen wir die Verlängerung der Finanzhilfen ausdrücklich. Sie bietet den neuen Anbietenden eine Gleichbehandlung mit den bereits bestehenden Kindertagesstätten und ermöglicht eine finanzielle Sicherstellung des Betriebs in der Anfangsphase. Die Verlängerung gibt Planungssicherheit und fördert Innovationen: Die Anbietenden und die Gemeinden können damit die Angebote sowohl konzeptionell als auch finanziell langfristig sichern.

Bemerkungen zu einzelnen Artikeln sind im Anhang zu diesem Schreiben enthalten.

Wir ersuchen Sie unsere Anliegen bei der Weiterbearbeitung zu berücksichtigen.

St.Gallen, 9. Oktober 2009



Im Namen der Regierung
Der Präsident:

A handwritten signature in black ink, appearing to be "Dr. Josef Keller".

Dr. Josef Keller

Der Staatssekretär:

A handwritten signature in black ink, appearing to be "Canisius Braun".

Canisius Braun

Beilage:
Anhang

Anhang zur Vernehmlassung der Regierung des Kantons St.Gallen betreffend Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung

Nach Art. 2 Abs. 2 und Abs. 3 Bst. a der Verordnung über die Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung (SR 861.1) können Finanzhilfen auch für bestehende Institutionen gewährt werden, sofern diese ihr Angebot wesentlich, zumindest um zehn Plätze erhöhen. Erfahrungsgemäss ist eine solche Erhöhung für die differenzierte Erweiterung einer kleinen Einrichtung mit altersgemischten Gruppen zu hoch angesetzt. Insbesondere um den ausgewiesenen Bedarf an Säuglingsplätzen und deren spezifische Betreuung in den Kindertagesstätten zu gewährleisten, regen wir an, im Zuge der Verlängerung der Geltungsdauer für Finanzhilfen die Mindestanzahl der Erhöhung auf sechs Plätze zu reduzieren.

Art. 2 und Art. 3 des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung sehen neu vor, dass den Kantonen und Gemeinden Finanzhilfen für Projekte mit Innovationscharakter gewährt werden können, sofern diese Modellcharakter für die Weiterentwicklung der familienergänzenden Kinderbetreuung haben. Diese neue Finanzhilfe bewerten wir als positiv. Wir empfehlen dabei, den Innovationscharakter der Projekte zu präzisieren und Kriterien dafür festzulegen. Die Finanzhilfen sind im Verpflichtungskredit in der Höhe von 140 Millionen Franken integriert und werden gewährt, wenn die beantragte Summe durch die Kantone und Gemeinden im Kalenderjahr vor dem Projektstart bereits geleistet wurde. Wir können nachvollziehen, dass Sie einen Vorbehalt betreffend die Mitfinanzierung von Kantonen und Gemeinden vorsehen. Allerdings dürfte die zeitliche Fixierung die Umsetzung einer innovativen Idee eher behindern, da in der Regel gerade eine Projektaufbauphase einen höheren Finanzbedarf generiert. Daher bitten wir Sie, die Finanzhilfen des Bundes bereits für den Projektaufbau zu gewähren und den Vorbehalt der Mitfinanzierung durch Kantone oder Gemeinden auf das einzelne Projekt zu formulieren.

**Kanton Schaffhausen
Regierungsrat**

Beckenstube 7
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch

Telefon 052 632 7250
Fax 052 632 7600
rosmarie.widmer@ktsh.ch

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld Familie
Generationen und Gesellschaft
Effingerstrasse 20
3003 Bern
per E-Mail:
familienfragen@bvs.admin.ch

Schaffhausen, 13. Oktober 2009

Vernehmlassung zum Vorentwurf über die Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung (SR 861)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung zu vorgenanntem Revisionsvorhaben. Der Regierungsrat des Kantons Schaffhausen begrüsst dieses und anerkennt damit die Bedeutung von familienergänzenden Kinderbetreuungsangeboten für Staat und Gesellschaft. Deren grosser Nutzen lässt sich nicht nur aus bildungs- und familienpolitischer Sicht (verbesserte Integration für Kinder mit Migrationshintergrund und Chancengleichheit für solche aus bildungsfernen Familien) begründen, sondern bezieht sich auch auf volkswirtschaftliche Erkenntnisse und Überlegungen. Der Regierungsrat teilt die Meinung des Bundesrates, wonach sich die Situation nach etwas mehr als sechs Jahren seit Inkrafttreten des Impulsprogramms des Bundes erst teilweise verbessert hat und weiterhin Handlungsbedarf besteht. Er kann immerhin feststellen, dass die Zahl der geschaffenen Betreuungsplätze im Kanton Schaffhausen gemessen an der Wohnbevölkerung bis zum Alter von 16 Jahren überdurchschnittlich hoch ist. Dies bringt zum Ausdruck, dass der Kanton von der Förderung erheblich profitiert hat.

Will man die Ziele des Regierungsrates in bevölkerungsmässiger Hinsicht - basierend auf der aktuellen demografischen Situation und deren prognostizierten Entwicklung - und diejenigen im Bereich der Familienpolitik erreichen, gehört die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu den vordringlichen Massnahmen. Eine erfolgreiche Positionierung unseres Kantons als Wohnstandort für junge Familien mit gutem Bildungshintergrund setzt das Vorhandensein entsprechender Angebote an Betreuungsplätzen voraus. Die Absichten des Bundesrates, das Impulsprogramm weiterzuführen und vor allem auch eine gesetzliche Grundlage für die

Innovationsförderung seitens der Kantone und Gemeinden auf diesem Gebiete zu schaffen,
werden daher unterstützt.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Rosmarie Widmer Gysel

Der Staatsschreiber-Stv.:

:

Christian Ritzmann

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld Familie, Generationen
und Gesellschaft
Effingerstrasse 20
CH-3003 Bern

22. September 2009

**Vorentwurf über die Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für
familienergänzende Kinderbetreuung (SR 861): Vernehmlassungsverfahren**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 1. Juli 2009 haben Sie uns zur Stellungnahme über den Vorentwurf über die Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung eingeladen. Gerne lassen wir uns dazu wie folgt vernehmen:

1. Befürwortung der Verlängerung und Ausweitung

Die Einführung des Impulsprogramms zur Schaffung von Plätzen für die familienergänzende Kinderbetreuung hat sich im Kanton Solothurn sehr positiv und nachhaltig ausgewirkt. Seit Einführung dieser Anstossfinanzierung ist die Anzahl Plätze stetig gewachsen und die Rückmeldungen sind durchwegs positiv. Damit kann unsererseits eine Verlängerung des Programms bis 31. Januar 2015 nur begrüsst werden.

Ebenfalls positiv bewerten wir die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage, die dem Bund die Möglichkeit gibt, innovative familienergänzende Kinderbetreuungsprojekte von Kantonen und Gemeinden mitzufinanzieren. Die Fokussierung auf den Innovationsgeist bei Kantonen und Gemeinden, um so Ideen zu fördern, wie Eltern Familie und Arbeit oder Ausbildung noch besser vereinbaren können, halten wir für richtig gesetzt. Ebenso die Beschränkung, dass Finanzhilfen nur ausgeschüttet werden, wenn zusätzlich noch Beiträge aus anderen Quellen beigesteuert werden.

Trotz der grundsätzlichen Befürwortung der Vorlage, möchten wir es dennoch nicht versäumen, Sie nachfolgend auf zwei Punkte hinzuweisen:

2. Anpassungsbedarf

2.1 Projektfinanzierung

Die Erfahrungen mit Neugründungen von Kindertagesstätten im Kanton Solothurn zeigen, dass hinter einem solchen Projekt sehr oft hochmotivierte Personen stehen; meist entsteht das Projekt sogar auf Grund privater Initiative. Diese Personen sind aber häufig wenig erfahren in Projektmanagement und engagieren sich zudem in einem Bereich, der fachlich komplex und gleichzeitig mit äusserst knappen Mitteln ausgestattet ist. Professionelle Organisationsberatung in der Projektphase wird aus Mangel an Ressourcen nicht oder zu spät einbezogen. Stehen nun jedoch zu Beginn des Projektes genügend Mittel zur Realisierung bereit und kann deshalb auf professionelle Unterstützung zurückgegriffen werden, so zeigt sich dies meist positiv in einem guten Start der Einrichtung und dem Bestehen einer gesunden finanziellen Basis, auch nach ein paar Jahren Betrieb. Die Bundesanstossfinanzierung setzt gegenwärtig zu einem Zeitpunkt ein, wo Projekte zur Neugründung von Kindertagesstätten abgeschlossen und der Betrieb aufgenommen wird. Sind die Aufbauarbeiten wenig professionell erfolgt, sehen sich die Initianten trotz Anstossfinanzierung nach Aufnahme des Betriebs nicht selten mit Schwierigkeiten konfrontiert, deren Beseitigung viel Kraft und Geld kostet. Angesichts dieser Erfahrungen wäre aus unserer Sicht zu prüfen, ob die Gewährung von Finanzhilfen bei Neugründungen nicht breiter gefasst werden könnte. Wir würden es begrüssen, wenn Betreuungseinrichtungen nicht nur dann Projektgelder erhalten, wenn sie besonders innovativ sind, sondern in eingeschränkterem Masse auch Kindertagesstätten mit einem konventionellen Konzept Anspruch darauf hätten, wenn deren Aufbau professionell begleitet wird. Eine komplementäre Ausgestaltung der Finanzhilfe bzw. eine zwingende Beteiligung der Standortgemeinde, wäre dabei durchaus ebenfalls als Voraussetzung zum Erhalt von Fördermitteln denkbar.

2.2 Finanzhilfe bei wesentlicher Erhöhung des Angebotes bei Kindertagesstätten

Gemäss Art. 2 Abs. 3 lit. a der Verordnung über Finanzhilfen an familienergänzende Betreuung gilt als wesentliche Erhöhung des Angebotes bei einer Kindertagesstätte eine Erhöhung der Anzahl Plätze um ein Drittel, mindestens aber um 10 Plätze. Die Erfahrungen im Kanton Solothurn zeigen, dass die Schwelle von zehn Plätzen hoch angesetzt ist. Es wurde mehrfach festgestellt, dass kleinere Krippen (8 bis 10 Betreuungsplätze) – was im Kanton Solothurn dem Normalfall entspricht – meist wegen Standort und Räumlichkeiten lediglich eine Aufstockung um 5 bis 8 Plätze realisieren können, aber seltener 10 Plätze. Wegen der fehlenden Anstossfinanzierung wird dann, trotz grundsätzlicher Bereitschaft dazu, auf eine Aufstockung verzichtet. Es ist einleuchtend, dass die Bundesgesetzgebung über die Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung möglichst einen Anreiz für einen grossen Zuwachs an Betreuungsplätzen geben will. Allerdings dürfte eine so hoch angesetzte Schwelle in einigen Fällen auch einen Zuwachs verhindern. Wir möchten deshalb anregen, eine Flexibilisierung der Bestimmung zu prüfen bzw. eine Herabsetzung der Schwelle von 10 auf 8 neue Plätze vorzunehmen.

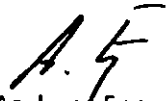
Wir danken Ihnen nochmals bestens für die Möglichkeit zur Stellungnahme und stehen für weitere Fragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES



Klaus Fischer
Landammann



Andreas Eng
Staatsschreiber

6431 Schwyz, Postfach 1260

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld Familie, Generationen und Gesellschaft
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Schwyz, 15. September 2009

Vorentwurf über die Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung (SR 861): Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 1. Juli 2009 bitten Sie um Stellungnahme zum titelvermerkten Vorentwurf.

1. Verlängerung des Impulsprogramms um vier Jahre

Die Verlängerung des Impulsprogramms wird grundsätzlich begrüsst. Es sollte jedoch anstelle der vierjährigen eine sechsjährige Verlängerung in den gesetzlichen Grundlagen aufgenommen werden.

Die Gemeinden im Kanton Schwyz sind seit 1. Januar 2008 zuständig für die Einrichtungen der familienergänzenden Kinderbetreuung (SRSZ 380.300). Erfreulicherweise wurden nach Einführung der neuen Zuständigkeit laufend neue Plätze geschaffen. Die Gemeinden sind nun auch bereit, zunehmend Leistungsverträge mit den Einrichtungen abzuschliessen. Erfahrungsgemäss braucht es jedoch vor allem in ländlichen Regionen länger, bis sich solche Entwicklungen durchsetzen können. Eine sechsjährige Verlängerung des Impulsprogramms würde diesem Umstand Rechnung tragen. Ein dauerhaftes Engagement des Bundes, wie im erläuternden Bericht unter 1.5.1 ausgeführt, müsste auch mit einer sechsjährigen Verlängerung nicht eingegangen werden.

2. Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Innovationsförderung

Die vorgesehene Änderung, Innovationsförderung im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung auf Gesetzesebene zu unterstützen, wird begrüsst.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Im Namen des Regierungsrates:


Dr. Georg Hess, Ländammann


Andreas Luig, Staatsschreiber-Stellvertreter



Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Departement des Innern
Herr Pascal Couchepin
Bundesrat
3003 Bern

Frauenfeld, 8. September 2009

747

Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung (SR 861)

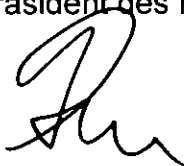
Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

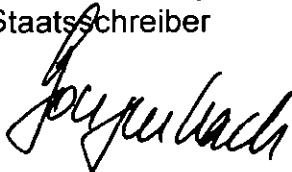
Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum Vorentwurf über die Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung Stellung nehmen zu können. Die vorgeschlagene Gesetzesänderung wird von unserer Seite akzeptiert. Aus unserer Sicht gibt sie zu keinen weiteren Bemerkungen Anlass.

Mit freundlichen Grüssen

Der Präsident des Regierungsrates



Der Staatschreiber



numero			Bellinzona				
4926	sb	17	6 ottobre 2009				
			Repubblica e Cantone Ticino	<table border="1"> <tr> <td>GS - EDI</td> </tr> <tr> <td>- 8. OKT. 2009</td> </tr> <tr> <td>Nr.</td> </tr> </table>	GS - EDI	- 8. OKT. 2009	Nr.
GS - EDI							
- 8. OKT. 2009							
Nr.							

Il Consiglio di Stato

Dipartimento federale dell'interno
Consigliere federale
Pascal Couchepin
Berna

Avamprogetto di modifica della legge federale sugli aiuti finanziari per la custodia dei bambini complementare alla famiglia (RS 861): procedura di consultazione

Signor Consigliere federale,

la ringraziamo per averci coinvolti nella procedura di consultazione inerente l'oggetto citato e le trasmettiamo di seguito il nostro parere.

Lo scrivente Consiglio condivide la proposta del Consiglio federale di prorogare di quattro anni la validità della legge e di fissare un nuovo quadro finanziario. Il Consiglio di Stato condivide altresì la creazione di una base legale che consenta alla confederazione di sostenere progetti innovativi avviati dai Cantoni e dai Comuni nel settore della custodia di bambini complementare alla famiglia.

Di seguito ci permettiamo formulare alcune osservazioni puntuali relative agli articoli della legge federale per i quali si propone una modifica.

Legge federale sugli aiuti finanziari per la custodia di bambini complementare alla famiglia (RS 861)

Art. 2 cpv. 1 lett. b e d (nuova) e cpv. 2
Nulla da osservare.

Art. 3 cpv. 3 (nuovo)

Si propone di estendere la possibilità di concedere gli aiuti finanziari anche a enti senza scopo di lucro che sviluppano progetti a carattere innovativo. In effetti, sulla base del principio della sussidiarietà, in molte realtà cantonali o comunali, questo genere di progetti, ancorché sostenuti dagli enti pubblici, vengono operativamente

promossi e gestiti da enti di diritto privato. Escludere questa possibilità risulta pertanto limitativo e privo di ragioni razionali, compromettendo a nostro avviso in modo importante l'esito della misura stessa.

Per garantire un effettivo coinvolgimento dei cantoni e/o dei comuni, si può condizionare questa opportunità al sostegno finanziario del progetto anche da parte dei cantoni o comuni interessati (vedi art. 5 cpv. 3 della proposta di modifica).

Art. 4 cpv. 2^{bis} (nuovo)

Nulla da osservare

Art. 5 Calcolo e durata degli aiuti finanziari

cpv. 1

Nulla da osservare.

cpv. 2

Nulla da osservare.

cpv. 3

Vedi osservazioni e proposta all'Art. 3 cpv. 3 (nuovo). Qualora la proposta venisse accolta, questo capoverso deve essere adeguato conformemente.

Si rileva inoltre che, per i progetti a carattere innovativo, gli aiuti finanziari federali saranno accordati solo a condizione che i Cantoni e i Comuni che li domandano investano nella custodia dei bambini complementare alla famiglia un importo almeno uguale a quello che hanno investito nel settore nell'anno civile precedente l'inizio del progetto. Questa proposta non è a nostro parere né ragionevole né opportuna. La misura restringe infatti la libertà di Cantoni e Comuni, creando un legame artificiale con i costi sostenuti nel settore l'anno precedente l'inizio del progetto e costringendo Cantoni e Comuni, per ottenere i sussidi federali ai progetti innovativi, a finanziare il settore di anno in anno con un ammontare minimo prestabilito, quando potrebbe essere sufficiente investire una cifra inferiore. Con la misura proposta si vuole evitare che Cantoni e Comuni investano soprattutto in progetti innovativi, sussidiati dalla Confederazione, riducendo nel contempo la loro partecipazione ai progetti già esistenti. Pur comprendendo le ragioni alla base di questa proposta, riteniamo che la soluzione presentata riduca la libertà decisionale dei Cantoni e dei Comuni e proponiamo pertanto che sia alleggerita rivedendo verso il basso l'ammontare minimo richiesto. In questo modo i Cantoni e i Comuni potrebbero, anche in un anno nel quale finanziano, per motivi di contingenza, in misura minore il settore, ricevere comunque il contributo federale per progetti innovativi. A titolo informativo osserviamo che il Canton Ticino finanzia a preventivo 2009 con un importo di ca. 6 milioni di franchi il settore della custodia dei bambini complementare alla famiglia, settore nel quale al momento non è prevista l'attuazione di progetti innovativi.

cpv. 4

Nulla da osservare.

Art. 6, rubrica, Domande di aiuti finanziari

cpv. 1-3

Nulla da osservare.

cpv. 4 (nuovo)

Vedi osservazioni e proposta all'Art. 3 cpv. 3 (nuovo). Qualora la proposta venisse accolta, questo capoverso deve essere adeguato conformemente.

Art. 6a Concessione di aiuti finanziari (nuovo)**cpv. 1**

Nulla da osservare.

cpv. 2

Vedi osservazioni e proposta all'Art. 3 cpv. 3 (nuovo). Qualora la proposta venisse accolta, questo capoverso deve essere adeguato conformemente.

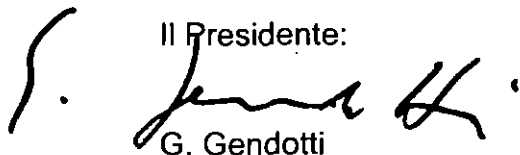
Art. 10 cpv. 4 (nuovo)

Nulla da osservare.

Con i migliori saluti.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:


G. Gendotti

Il Cancelliere:


G. Pianella

Copia: Deputazione ticinese alle Camere federali
Roberto Sandrinelli, Divisione dell'azione sociale e delle famiglie,
Residenza



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld Familie, Generationen und Gesellschaft
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Vorentwurf über die Änderung des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung (SR 861); Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 1. Juli 2009 laden Sie die Kantonsregierungen ein, zum Vorentwurf über die Änderung des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung (SR 861) Stellung zu nehmen. Für diese Möglichkeit danken wir Ihnen.

Der Ausbau der familienergänzenden Betreuungsangebote für Kinder ist eine zentrale Massnahme zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Deshalb begrüssen wir die Weiterführung dieses Impulsprogramms über das Jahr 2011 hinaus.

Gegenwärtig läuft im Kanton Uri ein Projekt "Gemeindeübergreifende Tagesschule". Im Rahmen dieses Projekts wird die Nachfrage nach zusätzlichen Tagesstrukturen abgeklärt. Durch die Weiterführung und Ausdehnung der Unterstützungsmöglichkeiten durch den Bund wird es in den Kantonen und Gemeinden einfacher sein, entsprechende Projekte zu lancieren, zu finanzieren und damit auch Erfahrungen zu sammeln. Dies ist in einem ländlichen Kanton wichtig, damit die Angebote in einer breiteren Bevölkerung auch auf Akzeptanz stossen.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir insbesondere die Ausdehnung der Unterstützungsmöglichkeit von innovativen Projekten von Kanton und Gemeinden (Art. 3 Abs. 3).

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen nochmals für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 29. September 2009



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Isidor Baumann

Der Kanzleidirektor

Dr. Peter Huber



CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

GS - EDI

12. OKT. 2009

Nr.

Monsieur le Conseiller fédéral
Pascal Couchepin
Chef du Département fédéral de l'intérieur
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Réf. : PM/15004950

Lausanne, le 7 octobre 2009

Avant-projet de modification de la loi fédérale sur les aides financières à l'accueil extra-familial des enfants – consultation des cantons au sujet d'approbation de l'avant-projet

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Conseil d'Etat vous remercie de l'avoir consulté au sujet de l'avant-projet cité en marge. Après s'être enquis des avis des instances potentiellement concernées par ledit avant-projet dans le canton, le Gouvernement vaudois a l'honneur de vous faire parvenir ses déterminations qui figurent ci-après.

I. Remarques générales

Le Conseil d'Etat salue l'objectif prioritaire de l'avant-projet de modification de la loi fédérale sur les aides financières à l'accueil des enfants, soit la prolongation du programme d'impulsion de la Confédération à la création de places d'accueil pour les enfants pour une durée de 4 ans.

L'accueil extra-familial est un élément clé d'une politique familiale durable. La mise à disposition d'une offre suffisante de places d'accueil extra-familial pour enfants joue à cet égard un rôle capital. Les structures d'accueil collectif préscolaire et parascolaire ou celles coordonnant l'accueil familial de jour constituent une condition essentielle pour permettre aux parents de mieux concilier vie familiale et vie professionnelle. En outre bénéficier d'une offre d'accueil extra-familial suffisante par rapport à la demande sert aussi l'intérêt de l'enfant et est tout à fait dans la ligne des conventions internationales que la Suisse a ratifiées dans ce domaine.

II. Prolongation de quatre ans du programme d'impulsion

Dans le canton de Vaud, la loi sur l'accueil de jour des enfants (ci-après LAJE) est entrée en vigueur le 20 juin 2006, soit 3 ans après l'entrée en vigueur de la loi fédérale sur les aides financières à l'accueil extra-familial.

La prolongation du programme d'impulsion prévu dans l'avant-projet mis en consultation permet de disposer d'un outil supplémentaire pour atteindre les objectifs poursuivis par la LAJE dont notamment celui de tendre, sur tout le territoire du canton, à une offre suffisante de places.

Par ailleurs, la LAJE a institué la Fondation pour l'accueil de jours des enfants (FAJE), laquelle a notamment pour mission d'octroyer, par l'intermédiaire des réseaux régionaux d'accueil de jour, des subventions afin de tendre à une offre suffisante et financièrement accessible sur tout le territoire du canton. Les ressources de la Fondation proviennent essentiellement de l'Etat, des communes et des employeurs.

Selon le rapport accompagnant le projet de modification de la loi, le canton de Vaud se situe en deuxième position après Zurich, des places créées depuis 2003 avec un nombre de 2'840. Ce nombre reste toutefois insuffisant et nécessite la prolongation des mesures mises en place jusqu'à ce jour afin de permettre la création d'un nombre de places d'accueil correspondant à la demande.

Au vu de ce qui précède, le programme d'impulsion de la Confédération constitue un soutien important à l'effort entrepris dans le canton et le Conseil d'Etat approuve sans réserve cette prolongation de quatre ans du programme d'impulsion.

III. Création d'une base légale au soutien de l'innovation dans le domaine de l'accueil extra-familial pour enfants

La création d'une base légale relative à des aides financières pouvant être octroyées aux cantons et aux communes pour des projets à caractère novateur dans le domaine de l'accueil extra-familial contribue à inciter ces derniers à développer des solutions nouvelles et ainsi permettre de nouveaux types d'offres d'accueil et la création de places supplémentaires.

La législation vaudoise permet d'accorder des dérogations exceptionnelles aux normes en vigueur pour des projets particuliers mettant en œuvre des nouvelles formes d'accueil collectif préscolaire. Le Canton de Vaud poursuit donc également l'objectif d'inciter à la création de projets novateurs.

Le Conseil d'Etat se déclare sur le principe favorable à cette proposition et relève sa pertinence. Toutefois, il devrait être envisagé une harmonisation de la procédure d'octroi de l'aide financière, en prévoyant une procédure commune que les demandes émanent des structures, des cantons ou des communes. Le Gouvernement vaudois souhaite que l'Autorité cantonale compétente (au sens de l'Ordonnance fédérale réglant le placement d'enfants à des fins d'entretien et en vue d'adoption - OPEE et de la LAJE) puisse se prononcer sur cette demande avant qu'elle ne soit adressée à l'OFAS. Cette manière de faire permettrait d'éviter que ne soient lancés des projets trop coûteux ou d'utilité peu établie sans un regard de l'Autorité cantonale d'autorisation et de surveillance.

IV. Adoption d'un 3^{ème} crédit d'engagement

Le Conseil d'Etat estime que la Confédération aurait pu augmenter le montant du 3^{ème} crédit d'engagement afin de répondre à la demande grandissante de places au sein des structures d'accueil.

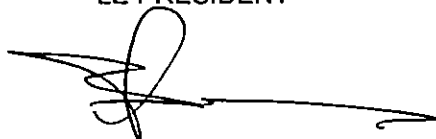
En effet, le nouvel alinéa 4 al. 2bis précise qu'au maximum 15 % des moyens mis à disposition par le crédit d'engagement sont alloués aux projets à caractère novateur. Le Conseil fédéral propose l'adoption d'un troisième crédit d'engagement à hauteur de CHF 140 millions pour la période allant du 1^{er} février 2001 au 31 janvier 2015. Sur ce montant, 15 % maximum (CHF 21 millions) sont destinés aux projets novateurs des cantons et communes. Ce qui signifie que CHF 119 millions serviront encore à financer les structures d'accueil nouvellement créées ou modifiées. Vu que le précédent crédit d'engagement s'élevait à CHF 120 millions sans tenir compte des nouveaux projets novateurs institués par les cantons et communes, la Confédération continuera, jusqu'en 2015, à financer, à un niveau équivalent, les structures de jour et parascolaire malgré les modifications législatives en faveur des cantons et communes. Au vu du besoin en places d'accueil, la création de nouvelles structures ne faiblira pas et pourrait s'avérer plus importante que dans le passé impliquant dès lors des demandes de financement plus importantes.

Le Conseil d'Etat demande donc que le montant du 3^{ème} crédit d'engagement soit réexaminé.

Vous souhaitant bonne réception de la présente, le Conseil d'Etat vaudois vous prie de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, en l'expression de ses sentiments respectueux.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LE PRESIDENT



Pascal Broulis

LE CHANCELIER



Vincent Grandjean

Copies

- Office des affaires extérieures
- Service de protection de la jeunesse

Département fédéral
de l'intérieur
Monsieur Pascal Couchepin
Conseiller fédéral
3003 Berne

Notre réf. WS/SP

Votre réf.

Date 7 octobre 2009

Consultation concernant l'avant-projet de modification de la loi fédérale sur les aides financières à l'accueil extra-familial pour enfants (RS 861)

Monsieur le Conseiller fédéral,

Avec intérêt, nous vous faisons part de nos observations et de nos remarques concernant l'avant-projet de modification de la loi fédérale sur les aides financières à l'accueil extra-familial pour enfants. Nous tenons à vous remercier de nous avoir associé à cette consultation.

En Valais, cette loi fédérale, depuis son entrée en vigueur en 2003, a contribué au développement des structures d'accueil à la journée pour enfants de 0 à 12 ans.

Bien que limitée dans le temps, cette aide a permis aux structures de faire face à leurs engagements de départ, en principe de grande importance durant les premières années.

Dans notre canton, la loi en faveur de la jeunesse du 11 mai 2000 a favorisé l'essor de l'accueil extra-familial pour enfants. Des progrès ont été constatés au niveau du nombre de places d'accueil, des différents types d'accueil et en ce qui concerne la formation des éducateur-trice-s. Parallèlement à l'évolution dans les structures, l'offre au niveau des places d'accueil familial (parents d'accueil) s'est également accrue. Cette orientation de la politique familiale a été renforcée par l'entrée en vigueur de la loi fédérale citée ci-dessus.

Cinq initiatives parlementaires ont demandé une modification de la Constitution fédérale, afin de charger les cantons de veiller à la création d'un nombre suffisant de places d'accueil extra-familial et parascolaire adaptées aux besoins. Notre canton connaît cette obligation depuis l'an 2000. En effet, la loi en faveur de la jeunesse stipule à l'art. 32 ce qui suit :

« Il appartient aux communes, ou aux groupements de communes, de prendre les mesures utiles afin que l'offre privée ou publique réponde au besoin de places d'accueil extra-familial pour les enfants de la naissance jusqu'à la fin de la scolarité primaire ».

Par le biais de nos unités d'accueil pour écoliers (UAPE), nous répondons au niveau législatif et dans une large mesure également au niveau pratique à ce qui figure dans l'accord intercantonal sur l'harmonisation de la scolarité obligatoire.

Modifications proposées

1. Prolongation de quatre ans du programme d'impulsion

L'art. 10, al. 4, prévoit que la durée de validité de la loi fédérale sur les aides financières à l'accueil extra-familial pour enfants soit prolongée jusqu'au 31 janvier 2015. La validité de la loi actuelle a été limitée par le Parlement au 31 janvier 2011. Nous approuvons cette modification, car l'impulsion et le soutien de la Confédération restent primordiaux pour renforcer la politique familiale dans ce domaine important et spécifique.

2. Création d'une base légale au soutien des innovations

Nous approuvons le contenu de l'art. 3, al. 3, concernant les aides financières octroyées aux cantons et aux communes pour des projets à caractère novateur, à condition que ces derniers aient valeur de modèle pour le développement de l'accueil extra-familial pour enfants. L'innovation dans ce domaine nous semble utile pour répondre aux besoins des parents et des enfants, ces derniers se trouvant dans une phase cruciale de leur développement physique, psychique et social.

3. Adoption d'un troisième crédit d'engagement

Comme nous l'avons déjà souligné, nous estimons indispensable que le programme d'impulsion de la Confédération soit complémentaire aux législations et politiques cantonales dans le domaine de l'accueil extra-familial. L'adoption d'un troisième crédit d'engagement à hauteur de 140 millions de francs pour la période allant du 1^{er} février 2011 au 31 janvier 2015 est nécessaire.

4. Remarques concernant les articles nouveaux ou modifiés

Art. 2, al.1, let. d : nous sommes d'accord avec cette modification prévoyant que les cantons et les communes figurent dans la liste des bénéficiaires des aides financières. En Valais, seul un centre d'accueil à la journée relève d'une institution étatique. Cette institution cantonalisée pour personnes gravement handicapées dispose d'une structure d'accueil pour enfants ayant des retards de développement et pour d'autres connaissant un développement normal. De manière générale, les enfants handicapés fréquentent les structures d'accueil à la journée ordinaires.

Art. 2. al. 2 : nous approuvons cette précision ne concernant que les aides financières allouées aux structures d'accueil collectif de jour et les unités d'accueil pour écoliers.

Art. 3 : nous nous sommes déjà exprimés au sujet des modifications de cet article. Nous estimons précieux l'introduction d'un soutien aux projets d'innovation et d'une aide allouée aux cantons et aux communes pour des projets à caractère novateur.

Art. 4, al. 2bis : nous apprécions que le soutien à l'innovation ne se fasse pas au détriment de celui aux structures. Bien que l'innovation dans ce domaine soit vitale, un programme d'impulsion se réalise en premier lieu par le biais de structures « classiques ». Il aurait été contre-productif de vouloir réduire les montants permettant la promotion de nos structures d'accueil pour investir davantage dans des projets particuliers, voire expérimentaux. La solution proposée nous satisfait.

Art. 5.

Al. 1 : pas de commentaires

Al. 2 : pas de commentaires

Al. 3 : actuellement, le canton du Valais participe à raison de 30 % aux salaires du personnel éducatif et de 30 % au matériel pédagogique. Les communes prennent en charge entre 40 % et 50 % des charges d'exploitation. Nous remplissons d'ores et déjà les conditions prévues dans cet alinéa.

Al. 4 : pas de commentaires.

Art. 6

Les corrections sont formelles, sémantiques et de précision. Nous apprécions par exemple qu'à l'al. 3 il soit clairement dit que la demande doit être déposée avant la réalisation de la mesure prévue.

Art. 10

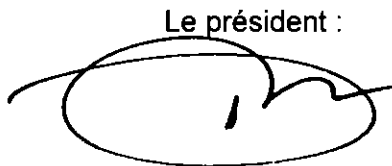
La prolongation de 4 ans, c'est-à-dire jusqu'au 31 janvier 2015, est en adéquation avec les objectifs de cette loi et nous ne pouvons que la soutenir.

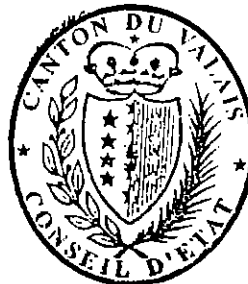
5. Conclusion

Les modifications de la loi fédérale sur les aides financières à l'accueil extra-familial sont essentielles du point de vue de la politique familiale. L'accueil extra-familial pour enfants dépasse largement le cercle familial. En effet, l'économie a de plus en plus besoin de main d'œuvre qualifiée. Les modifications prévues vont dans la bonne direction et méritent notre soutien.

Nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'assurance de notre considération distinguée.

Au nom du Conseil d'État

Le président :

Claude Roch



Le chancelier :

Herr von Roten



Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

A-Post

Bundesamt für
Sozialversicherungen
Geschäftsfeld Familie
Generationen und Gesellschaft
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Zug, 29. September 2009 hs

Vernehmlassung zum Vorentwurf über die Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung (SR 861)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Ihr Departement hat uns mit Schreiben vom 1. Juli 2009 (eingetroffen am 6. Juli 2009) eingeladen, zum obgenannten Vorentwurf Stellung zu nehmen. Wir kommen Ihrem Wunsch gerne nach.

Dem Vorentwurf über die Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung wird zugestimmt. Wir begrüssen, dass das Impulsprogramm zur Schaffung von Plätzen für die familienergänzende Kinderbetreuung weitergeführt und eine gesetzliche Grundlagen geschaffen wird, welche dem Bund die Möglichkeit gibt, Projekte mit Innovationscharakter der Kantone und Gemeinden auf dem Gebiet der familienergänzenden Kinderbetreuung zu unterstützen. Wir schlagen jedoch vor, von einer weiteren Befristung des Gesetzes abzusehen.

Anträge

- Der vorgeschlagenen Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung wird grundsätzlich zugestimmt.
- Artikel 10 Abs. 4 (neu) Vorentwurf Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung ist ersatzlos zu streichen.

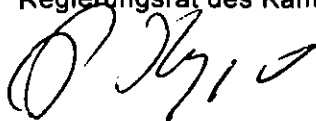
Begründung

Es besteht weiterhin ein grosser Bedarf an Betreuungsplätzen für Kinder im Vorschul- und Schulalter im Kanton Zug.

Der Kanton Zug hat seit Beginn des Impulsprogramms überdurchschnittlich stark von den Finanzhilfen profitiert und sein Angebot ausgebaut. Damit die Gemeinden auch die zukünftige Nachfrage decken können, sind sie weiterhin auf die finanzielle Unterstützung des Bundes angewiesen. Da der Bund vom Ausbau des Betreuungsangebots durch erhöhte Steuereinnahmen stark profitiert, soll das Engagement des Bundes nicht befristet werden, sondern im Sinne einer nachhaltigen Wirkung unbefristet weiterlaufen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug



Peter Hegglin
Landammann



Tino Jorio
Landschreiber

Zustellung gleichzeitig per E-Mail im Wordformat an: familienfragen@bsv.admin.ch

Kopie an:

- Direktion des Innern (3)
- Direktion für Bildung und Kultur
- Finanzdirektion
- Eidg. Parlamentarier des Kantons Zug
- Einwohnergemeinden
- Tagesfamilien Zug, Susan Koller, Alpenstrasse 13, 6300 Zug
- Erfa Krippen, Patrizia Fritz, Kinderkrippe Chnopfrucke, Industriestrasse 1a, 6312 Steinhäusen

an									
Von									
Objekt	EDI 6. OKT. 2009								
Reg.									



DER REGIERUNGSRAT DES KANTONS ZÜRICH

an das Eidgenössische Departement des Innern, 3003 Bern
(Zustellung per E-Mail an: familienfragen@bsv.admin.ch)

Zürich, 30. September 2009

Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung, Änderung (Vernehmlassung)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Am 1. Juli 2009 haben Sie uns den Vorentwurf über die Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung unterbreitet. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

A. Grundsatz

Wir begrüssen die Verlängerung der Geltungsdauer des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung und das damit geschaffene Impulsprogramm um weitere vier Jahre bis zum 31. Januar 2015. Aufgrund der geänderten Familienstrukturen bildet die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und damit die Möglichkeit von Frau und Mann, auch als Eltern weiterhin einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, ein wichtiges gesellschaftspolitisches Ziel. Eine qualitativ hochstehende und bedarfsgerechte familienergänzende Kinderbetreuung ist dafür eine Grundvoraussetzung.

Das Impulsprogramm leistet dazu einen wichtigen Beitrag. Die bisher gemachten Erfahrungen zeigen, dass dem Bund damit ein wirkungsvolles Instrument zur Verfügung steht, die familien- und schulergänzende Betreuung zu fördern. Die zur Verfügung gestellten Mittel ermöglichten im Kanton die Schaffung von mehr als 6000 neuen Betreuungspätzen und leisteten einen wichtigen Beitrag zur Professionalisierung und Qualitätsverbesserung.

Der letzte Verpflichtungskredit von 120 Mio. Franken wird voraussichtlich voll ausgeschöpft. Vor dem Hintergrund eines nach wie vor bestehenden grossen Bedarfs an Betreuungsplätzen – insbesondere für die familienergänzende Betreuung der Kinder im Vorschulalter – erachten wir die Höhe des vom Bundesrat beantragten Kredites von 140 Mio. Franken als angemessen. Eine Kürzung dieser Summe würde die Wirkung des Programms schwächen und ist deshalb abzulehnen. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die Schweiz bei den Ausgaben für Sozialleistungen an Familien und Kinder, gemessen am Bruttoinlandprodukt, im europäischen Vergleich weit unter dem europäischen Durchschnitt liegt.

B. Zu den Bestimmungen im Einzelnen

Zu Art. 3 Abs. 3

Wir begrüssen die Erweiterung der Finanzhilfe auf Projekte mit Innovations- und Modellcharakter. Dies trägt zur Weiterentwicklung der Kinderbetreuung bei, führt in Bezug auf die Angebote zu einer Verbesserung der Qualität und zu einer grösseren Vielfalt und erweitert die Wahlmöglichkeit für die Eltern. Die Idee, Innovationen mitzufinanzieren und die finanzielle Beteiligung nach der Startphase wieder einzustellen, unterstützt die Träger in ihrem Bestreben nach Selbstständigkeit und finanzieller Eigenständigkeit. Sie trägt dazu bei, dass Betriebsstrukturen entstehen, die es den Einrichtungen ermöglichen, sich längerfristig zu behaupten.

Empfänger von Finanzhilfen im Bereich innovativer Projekte können gemäss vorliegender Gesetzesbestimmung nur Kantone oder Gemeinden sein. Private und juristische Personen sind ausdrücklich ausgeschlossen (vgl. erläuternder Bericht, S. 10). Diese Einschränkung erachten wir nicht als sinnvoll, gehen doch Projekte mit Innovationscharakter oft von Dritten aus, die ein grosses Fachwissen haben. Wir schlagen deshalb vor, dass auch an Private, die als juristische Person ausgestattet und nicht gewinnorientiert sind, Finanzhilfen für Projekte mit innovativem Charakter ausgerichtet werden können.

Grundsätzlich begrüssen wir die offene Formulierung von Art. 3 Abs. 3, die Raum lässt für verschiedene innovative Ansätze. Vor allem aus Gründen der Rechtsgleichheit und Rechtssicherheit erachten wir es jedoch als unabdingbar, zumindest auf Verordnungsebene den möglichen Gesuchstellern mittels einer nicht abschliessenden Auflistung von möglichen Projekten oder erwünschten Innovationszielen einen Rahmen zu geben, an dem sie sich inhaltlich orientieren können.

Im erläuternden Bericht ist ausdrücklich festgehalten, dass Projekte mit Innovationscharakter nur Hilfe vom Bund erhalten, sofern sie die Schaffung von zusätzlichen Betreuungsplätzen anstreben (vgl. erläuternder Bericht, S. 8). Diese Einschränkung wird in der neu verfassten Gesetzesbestimmung jedoch nicht aufgeführt. Aus Gründen der Rechtssicherheit empfehlen wir, diese zentrale Bedingung in den Gesetzestext von Art. 3 Abs. 3 aufzunehmen.

Zu Art. 5

Um die Übersichtlichkeit dieses Artikels zu verbessern, empfehlen wir, den jetzigen Abs. 4 über die Dauer der gewährten Finanzhilfen, der für alle Empfänger von Finanzhilfen gleichermassen gilt, neu als Abs. 1 der Bestimmung aufzuführen. Art. 5 Abs. 2 und 3 des Entwurfes regeln die Bemessung für Kantone und Gemeinde im Bereich der Projekte mit Innovationscharakter. Aus Gründen der Systematik sollten diese beiden Absätze in einem einzigen Absatz vereint werden.

Zu Art. 10 Abs. 4

Wir sind einverstanden damit, dass das Programm als Impulsprogramm nur für eine beschränkte Dauer konzipiert und deshalb auf weitere vier Jahre beschränkt ist.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat, die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.



Im Namen des Regierungsrates
Die Präsidentin:

R. Allem

Der Staatsschreiber:

[Signature]



EINSCHREIBEN

Falls refüsiert oder nicht abgeholt, als
taxpflichtige **B-Post** zurücksenden!

05.10.09

005.00

CH-8090
Zürich



R Suisse
BP-LET

751328



Regierungsrat des Kantons Zürich
Neumühlequai 10
Postfach
8090 Zürich

R

8090 Zürich



98.42.115762.01469580

Recommandé Suisse

Eidgenössisches Departement
des Innern
3003 Bern

Handwritten notes and markings:

- Handwritten "BN" and "FGS" above a thick black horizontal line.
- Handwritten "M. Stämpfli / C. Joss" below the line.
- Handwritten "k.p. 1" and "7.10.09" on the right side.
- Hand-drawn arrows pointing from the "BN" and "FGS" area towards the recipient address.